

## Menems USA-Besuch endete in Texas

### Malwinen-Frage im Mittelpunkt / Golf mit den Bushs

Der zweitägige Besuch von Präsident Carlos Menem in den USA endete am Mittwoch. Es gab die grosse Begegnung mit US-Präsident Bill Clinton, die Versicherung der Solidarität im Zusammenhang mit den Problemen Clintons und eine Umarmung für die Fotografen. Es gab auch einen Empfang, bei dem Menem mit Hillary Clinton Tango tanzte. Es gab andererseits die Versicherung Menems in einem Zeitungsinterview, er nehme „das Versprechen von Präsident Bill Clinton nach Buenos Aires mit, er werde mit dem britischen Premier Tony Blair sprechen, damit dieser die Probleme mit Argentinien löst“. Im Gegensatz dazu aber erklärte die Chefin des State Department, Madeleine Albright, zum Leidwesen der argentinischen Diplomaten: „Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Vereinigten Staaten eine aktive Rolle in dem Differendum übernehmen werden.“ Einer der Höhepunkte der

Reise war zweifellos ein Frühstück mit FMI-Direktor Michel Camdessus, dem BID-Präsidenten Enrique Iglesias, bei dem Camdessus Menem versicherte, Argentinien umschiffe die Turbulenzen sehr gut. Iglesias seinerseits lobte den Gang der argentinischen Wirtschaft. Am Dienstag, bei einem Essen mit US-Unternehmern versicherte Menem den Teilnehmern, der von seiner Regierung eingeleitete Umwandlungsprozess „ist lebendig wie nie zuvor“ und unterstrich gleichzeitig, „in Córdoba und La Pampa triumphiert das 1989 gestartete Wirtschaftsmodell“. Er werde 2003 wieder in den USA sein und über die Situation in Argentinien berichten, erklärte Menem dann und bezog sich zweifellos auf eine neue Präsidentschaft. Der Präsident war mit grosser Begleitung, so den Ministern Guido Di Tella, Carlos Corach, Roque Fernández, Raúl Granillo Ocampo, Kabinettschef Jorge



Ein kleines Tänzchen in Ehren: Menem und Hillary beim Tango. (AP-Funkbild)

Rodríguez in den USA eingetroffen. Zulemita fehlte diesmal. Sie hatte, wie verlautet, Punta del Este wegen seiner sommerlichen Temperaturen vorgezogen. Am Ende stand der schon klassische

Drei-Stunden-Flug nach Texas, wo Menem mit Vater und Sohn Bush Golf spielte. Die von 10.30 bis 16.00 Uhr dauernde Exkursion erbrachte keinen Gewinner.

## Ab 24. Januar neue Telefonnummern

### Nummern im ganzen Land wird eine vier vorgesetzt / Auch Vorwahlen ändern sich

Es fehlen nur noch acht Tage, dann wird jeder, der telefonieren will, eine Zahl mehr wählen müssen. Ab der Stunde Null am Sonntag, dem 24. Januar, werden alle Argentinier die Zahl vier durch Tastendruck oder mit der Wählscheibe vor der bisher und auch weiterhin gültigen Nummer wählen müssen, wenn sie telefonieren wollen. Die Änderung wurde vom Kommunikationssekretariat der Nation veranlasst und betrifft die Nummerierung von mehr als sieben Millionen festen Anschlüssen und fast drei Millionen Zellulartelefone. Die Änderungen werden mit dem Ziel einer Steigerung der Nummerierungskapazität durchgeführt, da es Bereiche wie die Hauptstadt und Gross-Buenos

Aires gibt, wo neue Nummern praktisch nicht mehr vergeben werden können.

Andererseits aber ist die Idee des Grundplanes für die Nummerierung auch Folge der Regulierung des Telefonangebots. Durch die Änderungen wird die Öffnung des Marktes im November erleichtert, wenn zu den beiden Telefonbetreibern Telecom und Telefónica zwei neue Unternehmen hinzukommen. Diese benötigen für ihre Kunden neue Nummern.

Abgesehen von der Nummer vier, die alle Telefonnummern des Landes vorsetzen müssen, wird es andere Änderungen geben. Die wichtigsten sind:

\* Ferngespräche innerhalb Argentinens: Es ändert sich die

Zonenkennzahl. Technisch gesehen ist das Land in drei Zonen aufgeteilt: Die Zone 1, Hauptstadt und Gross-Buenos Aires (Telefónica und Telecom), die Zone 2, Landesinneres Süd (zona interior Sur, Telefónica) und die Zone 3, Landesinneres Nord (zona interior Norte, Telecom).

In der erstgenannten wird eine 1 an die jetzige Zonenkennzahl 01 hinzugefügt. Die neue Kennzahl ist also 011. In der Zone Süd wird eine 2 hinzugefügt. Beispiel La Plata, heute 021, wird dann 0221 sein. Oder Mar del Plata, heute 023 in Zukunft 0223. Das gleiche passiert in der Zone Nord, aber mit der 3. Rosario ändert z. B. von 041 zu 0341, und Córdoba von 051 zu

0351.

\* Zellulartelefone: In der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires wird ebenfalls die 4 vorgesetzt. Im Landesinnern hat jedes Unternehmen seine Vorwahlnummer, die aber im Zuge der Änderungen durch die Zonenkennzahl des Ortes ersetzt wird, in dem das Handy zugelassen wurde. Was sich nicht ändert ist die Vorwahlnummer 15, wenn von einem festen Anschluss aus angerufen wird. Einiges wird sich nicht ändern, so die Vorwahlnummern für Interurbangespräche (0), Auslandsgespräche (00), oder die Nummer 54 für Anrufe nach Argentinien aus dem Ausland. Ebensowenig ändern Not- und Sonderdienste ihre Nummern.

# Parteiwahlen als Kandidatenauslese

In Argentinien gewöhnt man sich seit etwa einem Jahrzehnt an das Schauspiel parteiinterner Wahlen für die Auslese

Kandidaten, die sich für Wahlämter melden. Wer freilich meint, dass diese Prozedur weltweit gilt, irrt. Nur in den Vereinigten Staaten und in wenigen anderen Ländern werden die Parteikandidaten in parteiinternen Wahlen gekürt. In den Vereinigten Staaten werden solche Wahlen für die Präsidentschaftskandidaten beider Parteien, Demokraten und Republikaner, in mehreren Staaten, keinesfalls in allen, zwischen Februar und April der Wahljahre abgehalten. In den wenigsten Staaten werden offene Parteiwahlen zugelassen, so dass auch nicht parteigebundene Bürger mitmachen dürfen. In allen anderen Staaten werden die Kandidaten, bzw. die Delegierten für Kollegien der Wahlmänner, die die Präsidentschaftsformel mehrheitlich ernennen, von den jeweiligen Parteiklüngeln nominiert.

In Europa und anderen Ländern, die demokratische Wahlpflogenheiten üben, pflegen die Kandidaten für Wahlämter ebenfalls von den Parteiklüngeln auserkoren zu werden, ohne dass die Mitglieder gefragt werden. Vielfach bestimmen die massgebenden Politiker bzw. die Parteichefs, wer für eine Kandidatur in Frage kommt. Die Auslese erfolgt dann nach eigenartigen Regeln, vielfach einfach aus Freundschaft oder als Entgelt für geleistete Parteidienste. Anderenfalls mögen Politiker dran kommen, die bei der Wählerschaft Gehör finden. Parteien wollen schliesslich Wahlen gewinnen, wofür sie zugkräftige Kandidaten ins Rennen schicken.

In Argentinien hat sich seit 1988, als der Gouverneur von La Rioja, Carlos Saúl Menem, überraschenderweise den Gouverneur von Buenos Aires und Parteichef, Antonio Cafiero, in einer parteiinternen Wahl deutlich schlug, die Gewohnheit eingenistet, hier und da solche Wahlen abzuhalten, durch die die siegreichen Kandidaten ausgelesen werden. Hinzu kam vor vier Jahren die Variante offener Parteiwahlen, als sich die abtrünnigen Justizialisten Carlos „Chacho“ Alvarez und José Antonio „Pilo“ Bordón um den ersten und zweiten Platz der Präsidentschaftsformel für ihre Wahlallianz, im Kürzel FREPASO genannt, bewarben. Überraschenderweise gewann Bordón, angeblich mit der Wahlhilfe justizialistischer Politiker, die ihn als Gegner von Menem für dessen Wiederwahl weniger als Alvarez fürchteten. Bordón unterlag dann klar gegen Menem.

Die letzte parteiinterne Wahl, zudem ebenfalls offen für unabhängige Bürger, die keiner anderen Partei angehörten, wurde unlängst zwischen Fernando de la Rúa für die UCR und Graciela Fernández Meijide für den FREPASO ausgefochten, als de la Rúa nahezu zwei zu eins gewann und mehr als zwei Millionen wahlberechtigte Bürger teilnahmen, nahezu ein Drittel mehr als an der nicht offenen Parteiwahl von 1988, die Menem gegen Cafiero gewann.

Nachdem dieses Experiment gelungen war, sollte man annehmen, dass alle anderen Spitzenkandidaten für Wahl- und Parteiämter auch in offenen Parteiwahlen gekürt werden würden. Mitnichten. Die Führungsriege der oppositionellen Allianz, der drei Radikale (Alfonsín, de la Rúa und Terragno) sowie zwei FREPASO-Politiker (Alvarez und Fernández Meijide) angehören, kehrte zu den früheren Methoden der Kandidatenauslese im abgeschlossenen Kämmerlein zurück, so dass weder die Parteimitglieder, noch unabhängige Bürger mitsprechen durften. Die Methode wird im politischen Jargon Argentiniens als „Designierung mit dem Zei-

gefingert“ („designación con el dedo“) bezeichnet, wobei jeweils der Zeigefinger des obersten Parteigewaltigen gemeint ist, in diesem Fall Expräsident Alfonsín für die Radikalen und Alvarez für den FREPASO.

Gut eingespielte Parteiklüngel pflegen die Gegensätze selber auszubügeln, wenn sich verschiedene Interessenten für die Wahl- und Parteiämter melden. So behielt sich Alfonsín das höchste Parteiamt als Vorsitzender des UCR-Vorstands („comité nacional“) ab November 1999 vor, womit er Fernando de la Rúa ablöst und diesen bei einem möglichen Wahlsieg als Präsident beschatten kann. Für Federico Storani, der die Kandidatur als Vizegouverneur der Provinz Buenos Aires mied, steht der Vorsitz der nationalen Deputiertenkammer parat, sollte die Allianz in der Deputiertenwahl die erste Minderheit schaffen. Senator Leopoldo Moreau wird den Vorsitz der Partei in der Provinz einnehmen.

Soweit lief alles wie am Schnürchen. Kein Parteimächtiger muckste. Erst als der Kandidat für das Vizegouverneursamt der Provinz Buenos Aires als Formelpartner von Graciela Fernández Meijide zur Sprache kam, gab es Krawall. Fernández Meijide hatte diese Kandidatur gewählt, nachdem sie als Formelpartnerin von de la Rúa verzichtet und ihr Wort gebrochen hatte, das sie bei der Bildung der Allianz gegen Ende 1997 gegeben hatte, wonach der Sieger in der offenen parteiinternen Wahl als Kandidat für die Präsidentschaft und der, bzw. die Besiegte, ihn als Kandidat für des Amt des Vizepräsidenten begleiten sollte.

Die Allianz-Gewaltigen hatten vor der Parteiwahl vereinbart, dass der Verlierer bzw. die Verlierer der betreffenden Partei die Ämter des Gouverneurskandidaten der Provinz Buenos Aires, des Regierungschefs der Bundeshauptstadt und des Fraktionschefs in der Deputiertenkammer zuschanzt, wogegen der Gewinner seiner Partei die Präsidentschaft der Deputiertenkammer und die Vizeposten in der Provinz und Bundeshauptstadt öffnet. All das umging klar die Wahlmethode, die für den Kandidaten des Präsidentenamtes zugelassen wurde.

Insofern nominierte sich Alvarez selber für das Amt des Vizepräsidenten und Fernández Meijide optierte für das Amt des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires. Für den Vizegouverneur entbrannte ein Parteistreit in der UCR. Die Parteiführung sprach sich für den langjährigen Bürgermeister von San Isidro, Melchor Posse, aus und zeigte seinem Kollegen von Vicente López, Enrique „Japonés“ García, die kalte Schulter, der sich auch für das Amt beworben hatte.

García forderte sogleich parteiinterne Wahlen, die die Parteiführung abgelehnt hatte. Angeblich, weil sie zu aufwendig seien. Doch schliesslich werden die Wahlen Ende März abgehalten. Die Parteiführung musste sich ihrer eigenen Neigung zugunsten solcher Parteiwahlen beugen, obwohl ihr die Ernennungen „mit dem Zeigefinger“ lieber waren. Dass vorher, als die beiden Koalitionspartner in der Fünferriege die Rollenverteilung nach der Parteiwahl für die Präsidentschaft mit fünf Zeigefingern geregelt hatten, keine Parteiführer rebellierten und ebenfalls für alle Wahl- und Parteiämter Wahlen forderten, zeugt von unterwürfiger Parteidisziplin, die sowohl die UCR als auch den FREPASO kennzeichnen. García wagte die Rebellion mit einer konfusen bezahlten Zeitungsannonce und bestand auf den Parteiwahlen für die Kandidatur des Vizegouverneurs. Ob er diese Wahlen freilich gewinnen wird, bleibt abzuwarten, zumal sich die Parteigewaltigen sicherlich für Posse aussprechen werden, dessen Kandidatur dann parteilegitim wäre, mit oder ohne Zeigefinger.

## Treffen in Chapadmalal verschoben

Gouverneursklausur mit Menem am 24. Januar

Das Treffen, das eigentlich morgen, Sonntag, in Chapadmalal stattfinden und an dem die justizialistischen Gouverneure und Präsident Carlos Menem teilnehmen sollten, wurde, wie aus der Casa Rosada verlautete, auf den 24. Januar verschoben. Die Verschiebung wurde von Innenminister Carlos Corach veranlasst, der Kabinettschef Jorge Rodríguez telefonisch informierte, dass das Treffen aus zeitlichen Gründen zu verschieben sei. Kurz zuvor noch hatte Rodríguez gegenüber der Presse bestätigt, dass es stattfinden und alle PJ-Gouverneure teil-

nehmen würden. Allerdings hatte der bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde bereits erklärt, es habe keinen Sinn, nach Chapadmalal zu gehen. Duhalde hofft, dass es wenigstens einige Gouverneure gibt, die Menem nahelegen werden, das Datum der Internwahl nicht zu verschieben. So teilen etwa die Gouverneure von Entre Ríos, Jorge Busti, und von Mendoza, Arturo Lafalla, die Meinung Duhaldes. Ihre Einstellung gegen die Verschiebung der Internwahlen haben sie auch in der Öffentlichkeit mehrfach geäußert.

Für den Innenminister seinerseits war es nicht möglich, vorher einen Themenkatalog für Chapadmalal festzulegen. Die Verschiebung hat aber noch einen anderen Grund, nämlich dass Menemisten und Duhaldisten in ihren Verhandlungen zur Beendigung der Konfrontierung in der Justiz in bezug auf die PJ-Führung auch nicht weitergekommen sind. Der Menemismus will, dass Duhalde seine Klagen wegen des PJ-Kongresses im Nord-Park zurückzieht und Menem erlaubt, die Parteiführung zu übernehmen.

## Menems Ärger über Wiederwahldiskussion

Datum der Internwahlen „völlig gleichgültig“ und „keine Kandidatur“

„Man will also, dass ich vor dem Obersten Gerichtshof (auf die Wiederwahl) Verzicht leiste? Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass etwas Derartiges geschieht. Der Gerichtshof wird schon wissen, was er zu tun hat. Ich habe bereits nein gesagt. Das ist erledigt. Ich werde nicht mehr von dem Thema sprechen“, erklärte Präsident Carlos Menem in ei-

nem Gespräch mit argentinischen Journalisten und schloss derart seine Bereitschaft aus, schriftlich vor dem Obersten Gerichtshof die Möglichkeit einer Wiederwahl zu begraben.

Diese Anregung der Allianz, von dem radikalen Juristen Arnaldo Klainer, einem der Architekten des Paktes von Olivos, bewirkte am Montag den Ärger Menems in Washington. Gleich-

zeitig aber zeigte er sich auch keinesfalls bereit, die Herausforderung des Anwalts der Opposition anzunehmen.

Ausweichend war auch Menems Strategie hinsichtlich der eventuellen Verschiebung der Internwahlen des Justizialismus. Eine lebenswichtige Verzögerung, um zu verhindern, dass sich seine Macht allzu schnell auflöst.

„Eduardo Duhalde und Ramón Ortega führen Gespräche darüber, ob sie das Datum 11. April aufrechterhalten oder verschieben. Mir ist das gleichgültig, sei es im April oder im Juli, ich werde jedenfalls kein Kandidat sein“, versicherte Menem. Der Präsident reagierte allerdings unmittelbar auf die Frage, ob die Verzögerung der Internwahlen dem Justizialismus angesichts der Tatsache nicht schade, dass die Opposition bereits einen Präsidentschaftskandidaten in der Kampagne habe. „Wissen sie, in wieviel Tagen der Ju-

## Nicolaides: „Es gab Archive“

Der frühere Heereschef Cristiano Nicolaides hat eingeräumt, dass unter der Militärregierung Archive über Regimegegner geführt wurden, die von der Diktatur verfolgt wurden und verschwanden. Nicolaides gab nach Angaben seines Anwalts vom Donnerstag vor Gericht auch den Ort bekannt, wo die Archive aufbewahrt werden. Demnach befinden sie sich entgegen anderweitigen Vermutungen in Argentinien. Mit den Einlassungen des Generals im Ruhestand hat erstmals ein Mitglied der Militärjunta zugegeben, dass diese Archive existieren. Wegen mutmaßlicher Beteiligung an systematischen Kindesentführungen war Nicolaides am Dienstag festgenommen worden. Gegen sieben weitere ranghohe Militärs laufen Ermittlungen wegen der Beteiligung an einem Ring, der inhaftierten Oppositionellen Babys wegnahm.

stizialismus in Córdoba seine Kampagne durchzog? In 40 Tagen und Mestre war bereits seit zwei Jahren Kandidat“, versicherte Menem.

Unmittelbar danach widmete sich der Präsident dem Thema Malwinen und erinnerte an das Treffen Di Tella und der Oppositionspolitiker mit UN-Generalsekretär Kofi Annan. So ganz nebenbei brach Menem dann eine Lanze für seinen Aussenminister: „Es gibt eine permanente Kommunikation zwischen dem Aussenminister und Amtsträgern der Inseln.“

Er schickt Botschaften, damit die Sache vorwärts kommt!“ Aussenminister Di Tella, der an der Seite Menems sass, beschränkte sich auf die Worte: „Sehen sie? Schreiben sie auf, was der Präsident sagt.“

## Air France - Concorde kehrt zurück

Nach 20 Jahren ist das Überschallflugzeug Concorde am Montag nach Argentinien zurückgekehrt. Es ist eine von dem US-Reiseunternehmen Abercrombie & Kent mit einer von Air France geleasteten Concorde veranstaltete exklusive Südamerika-Tour. Gemäss der in Internet verbreiteten Werbung des Unternehmens zahlt jeder der 100 Passagiere 52.500 Dollar für den 19 Tage dauernden Trip, der am 8. Januar in New York startete und bis Montag in Rio de Janeiro Zwischenstation machte. Am gleichen Tag hatten die Luxustouristen Gelegenheit, die Iguazú-Wasserfälle kennenzulernen. Am Montag abend landete die Concorde auf dem Internationalen Flughafen Ezeiza, wo sie bis zum Donnerstag blieb. Danach ging es nach Ushuaia, Santiago de Chile, zu den Osterinseln, Lima und San José de Costa Rica. Abercrombie & Kent ist eine Agentur für Luxus- und Abenteuerurlaub mit Niederlassungen in 27 Ländern, deren Firmenzentrale in Oak Brook bei Chicago ist. Die Concorde, von der es insgesamt nur 14 Exemplare gibt, ist das Sinnbild des Luxus. Der Service an Bord ist jedem Erste-Klasse-Service weitaus überlegen. Die Stewardessen tragen von Nina Ricci entworfene Uniformen, man isst von Limoges-Porzellan und die Bestecke sind Spezialanfertigungen von namhaften Goldschmiedern mit ihren eingravierten Namen. Es fehlen nicht die besten Käse und Champagner Frankreichs und die Speisekarte ist repräsentativ für die verschiedenen Regionen des Landes. In den drei Tagen in Buenos Aires lernten die Reisenden nach Angaben von Air France Buenos Aires, das „Paris Südamerikas“, argentinische Steaks, Gauchos und Tango kennen. Am Donnerstag nachmittag startete das Überschallflugzeug und landete nach einem zweistündigen Flug in Ushuaia. Dort steht eine Kreuzfahrt durch den Beagle-Kanal und um Kap Horn auf dem Programm.

## US-Agent für Buenos Aires

Innenminister Carlos Corach und FBI-Chef Louis Freeh unterzeichneten am Mittwoch in Washington ein Abkommen, demzufolge sich in Buenos Aires ein in der Bekämpfung von Terrorismus spezialisierter US-Agent niederlassen wird. Dieser wird von seiner Behörde zur dauernden Zusammenarbeit mit Argentinien abgestellt. Im Rahmen einer Pressekonferenz erklärte Corach, der FBI-Delegierte wird in Argentinien Fachausbildungen von Polizei-, Gendarmerie- und Präfekturpersonal in der Bekämpfung des Terrorismus koordinieren. Der Minister unterstrich ausdrücklich, dass der FBI-Mann an keiner Untersuchung teilnehmen könne, die von den Sicherheitskräften des Landes durchgeführt wird. Das Abkommen schliesst ausserdem auch die Schaffung einer Datenbank und die konkrete Zusage der Zusammenarbeit auf Behördenebene ein.

## Treffen Di Tella - Cook am 18. Januar

Malwinen-Souveränität Thema in London und am Tag danach in New York

Aussenminister Guido Di Tella wird sich am Montag, den 18. Januar mit seinem britischen Amtskollegen Robin Cook in London treffen. „Argentinien will endlich umfassende Gespräche mit dem Vereinigten Königreich, eingeschlossen die Frage

der Souveränität über die Malwinen“, erklärte Vizeaussenminister Andrés Cisneros bei der Bestätigung des Treffens.

Seit dem Amtsantritt Tony Blairs als Premierminister traf sich sein Aussenminister bereits dreimal mit Di Tella.

Die drei Gespräche fanden im Juli 1997, im Mai 1998 und im Oktober 1998 statt. Zu dem letztgenannten Treffen kam es, als Di Tella als Mitglied der Delegation nach London flog, die Carlos Menem beim ersten Besuch eines argentinischen Präsidenten nach dem Malwinen-Konflikt in Grossbritannien begleitete.

Am Tag nach seinem Gespräch mit Cook in London wird sich Di Tella in New York mit UN-Generalsekretär Kofi Annan treffen, den er bitten wird, die internationale Organisation möge in Zukunft in dem argentinisch-britischen Disput um die Malwinen ein aktivere Rolle übernehmen.

Nach New York wird Di Tella zusammen mit Vertretern der Opposition fliegen, so Marcelo Stubrin (UCR), Dante Caputo (Frepaso), Vize und Sekretär der Abgeordnetenkommission für Auswärtige Beziehungen, und Guillermo Estévez Boero (Populärsozialist).

„Dieses Treffen mit Annan

hat die Allianz seit einiger Zeit gefordert. Das Thema Malwinen liegt nur im UN-Komitee für Entkolonisierung vor. Daher wäre es ein Fortschritt. Jedenfalls aber glauben wir, dass in Argentinien keine Politik hinsichtlich dieses Themas existiert“, sagte Stubrin der Presse. In anderem Zusammenhang wurde Di Tella von der peruanischen Regierung eingeladen, in der zweiten Februarwoche nach Lima zu kommen. Sein peruanischer Kollege Fernando de Trazegnies hatte in einem eben in Buenos Aires eingetroffenen Brief die hingebungsvolle Tätigkeit Di Tellas in den Verhandlungen zur Lösung des Grenzkonflikts zwischen Peru und Ecuador hervorgehoben. Es handelt sich um eine klare Stellungnahme der peruanischen Behörden für Di Tella, der unter dem Verdacht steht, Beweise über den illegalen Waffenverkauf an Ecuador unter den Tisch gekehrt zu haben.

## Wahlkampagne mit Palito und Marín

Lob für Menem / Internwahlen im Juni oder Juli

Wenn es nach Palito Ortega ginge, dann müssten die Internwahlen des PJ im Juni oder Juli stattfinden und der justizialistische Vorkandidat äusserte dazu am Dienstag, er glaube nicht, dass es jemand gebe, der dagegen sei. Allerdings übergibt er Ex-Sänger und Ex-Gouverneur die bekannte Ablehnung einer Verschiebung durch den bonaerenser Gouverneur Eduardo Duhalde. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Santa Rosa in der Provinz La Pampa versicherte Ortega, er sei davon ausgegangen, dass die Internwahlen im April sein würden, doch glaube er schon nicht mehr daran.

Ortega war im Zeichen seiner Wahlkampagne in die Provinz gekommen und sprach mit der Presse nach einem langdauernden Essen mit Gouverneur Rubén Marín. Hinsichtlich des Gesprächs mit Marín versicherte Palito, es sei bereichernd gewesen. Die Anhänger Ortegas sehen Marín als einen wichtigen Sprecher unter den justizialistischen Gouverneuren an. Hinter vorgehaltener Hand wurde vermutet, dass sich Ortega beim Gouverneur neuen Ansporn für seine Kampagne geholt haben könnte.

Ortega scheint von den

Wiederwahlmanövern des Menemismus nicht sehr beeindruckt. Der Presse jedenfalls versicherte der Ex-Gouverneur von Tucumán, er werde so tun, als sei nichts passiert. „Für mich gibt es nur einen Rivalen, nämlich Duhalde“, sagte Ortega. Andererseits aber liess er keinen Zweifel an der Führerschaft Menems und versicherte: „Für jeden Kandidaten ist es unverzichtbar, die Unterstützung einer Persönlichkeit mit solchem Ansehen zu haben.“

Marín hatte Ortega in seiner Residenz empfangen. An dem drei Stunden dauernden Essen nahmen auch die Abgeordneten Mario Das Neves und Daniel Scioli, der Sprecher von Ortega, Pablo Fontdevilla und der Ex-Nationalabgeordnete Rodolfo Gazia teil.

In seinem Gespräch mit den Journalisten bestritt Palito Ortega, der „Lieblingskandidat“ von Menem zu sein. Davon könne überhaupt keine Rede sein, denn, versicherte Ortega, Menem habe keinelei Vorlieben. „Menem wird bis zum letzten Tag seines Mandates als Präsident der Nation regieren und ich glaube, er wird seiner Unterstützung Ausdruck geben, wenn der Kandidat nominiert ist. Jedenfalls gibt es keinen Dauphin“, sagte Ortega.

## Kommissare als Hüter der Ethik

Die Regierung prüft derzeit die Möglichkeit, 30 „Ethikkommissare“ zu ernennen, die darüber wachen sollen, dass es in der öffentlichen Verwaltung keine Korruption gibt. Das Thema stand auf der Tagesordnung der letzten Kabinettsitzung in der Residenz in Olivos und soll nach der Rückkehr von Präsident Carlos Menem aus den USA neuerlich behandelt werden. Der Rahmen ist das mögliche Inkrafttreten des sogenannten Ethik-Kodex, der kurz davor steht, 200 Tage im Labyrinth der offiziellen Bürokratie herumgeirrt zu haben. Die Beamten brauchten anderthalb Monate für die Gestaltung des Textes und fünf für die Verbesserungen. Was noch fehlt ist die Unterschrift Menems.

In der Casa Rosada herrscht Unruhe über die rechtlichen Auswirkungen des illegalen Waffenverkaufs an Ecuador und Kroatien, und es wird auch nicht ausgeschlossen, dass die Untersuchung der Schmiergeldaffäre im Vertrag zwischen IBM und der Nationalbank wieder aufgenommen wird. Eben aus diesem Grund will man den Eindruck erwecken, dass irgendetwas getan wird, um derartiges Fehlverhalten in der öffentlichen Verwaltung zu korrigieren.

Die von der Regierung in diesem Bereich gemachten Schritte geschehen im allgemeinen in Zeitlupe. Der meistgehörte Kommentar dazu besagt, die strukturelle Korruption sei mit der Reform des Staates und der Öffnung der Wirtschaft ausgemerzt worden. Jetzt aber ist Eile vonnöten, nachdem Argentinien von US-Vizepräsident Al Gore zur Teilnahme an einem Seminar über die Bekämpfung der Korruption in Sicherheitskräften und Justiz von 23. bis 25. Februar in Washington eingeladen worden ist. In besagter Kabinettsitzung wurde dazu nicht ohne Logik festgestellt, es sei eine Eiselei, mit leeren Händen nach Washington zu gehen. Das „Ei des Kolumbus“ wären dann die zukünftigen Ethik-Kommissare, die in allen Ministerien und dezentralisierten Behörden mit dem Auftrag angesiedelt werden sollen, den Amtsträgern auf die Finger zu sehen. Fürwahr ein nicht zu unterschätzendes Angebinde für das Washingtoner Seminar.

**SERVICIOS**  
DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN  
Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones  
Interactivas, Documentos Electrónicos,  
Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161- (1366) Bs. As. - Argentina  
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

# Soziale Situation ist schlechter als 1994

## Einkommensverluste in vier Jahren bis zu 37 Prozent / Besserverdienende legen zu

Wenn auch die Arbeitslosigkeit im Oktober auf die Raten von vor der Tequila-Krise im Jahre 1995 zurückgegangen ist, so sind doch die Einkommen und Bedingungen der arbeitenden Bevölkerung schlechter als vier Jahre zuvor.

So ergaben die letzten Erhebungen des staatlichen Statistischen Institutes INDEC, dass die Arbeitslosenrate im Oktober in der Hauptstadt und in Gross-Buenos Aires 13,3 Prozent betrug, und sich damit dem Wert vom Oktober 1994 mit 13,1 Prozent annähert. Doch verdienen 90 Prozent der arbeitenden Personen - Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Selbständige - mit Einkommen unter 1500 Pesos im Monat, zwischen 1,9 und 37,1 Prozent weniger als im Oktober 1994. Der einzige Sektor, der sich mit einem Prozentsatz von 7,3 Prozent verbesserte, waren zehn Prozent der Beschäftigten mit Einkommen von zwischen 1500 und 15.000 Pesos monatlich, wie die Erhebung ergab. Andererseits ergab sie aber auch, dass im Oktober 1994 die Hälfte der Arbeitstätigen Einkommen unter 550 Pesos bezog, und diese gleiche Personengruppe im Oktober 1998 nun nur noch 500 Pesos bezog.

Ausserdem haben die Leute, die Arbeit haben, eine solche nur zu schwierigen Bedingungen gefunden. Grund ist, dass die

fast 350.000 in diesem Zeitraum neugeschaffenen Arbeitsplätze solche sind, wo keine Sozialabgaben insbesondere für die Rentenversicherung abgeführt werden, das heisst, es sind mehrheitlich Schwarzarbeiter.

All dies bedeutet, dass die hohe Arbeitslosigkeit der letzten Jahre an der grossen Mehrheit der Arbeitnehmer nicht spurlos vorbeigegangen ist, wobei gleichzeitig die Ungleichheit deutlich zugenommen hat. In der Hauptstadt und Gross-Buenos Aires gibt es 4,6 Millionen Beschäftigte. Die offizielle Erhebung ergibt, dass die zehn Prozent mit den besten Einkommen, die 1994 32,2 Prozent vom „Kuchen“ einstrichen, vier Jahre später ihr „Stück Kuchen“ auf 35,8 Prozent vergrössert haben. Im gleichen Zeitraum aber verminderten sich die Einkommen der 60 Prozent mit den niederen Einkommen. Ihr Anteil am Volkseinkommen fiel von 31,4 Prozent (1994) auf 28,3 Prozent (1998). Diese in relativen Zahlen ausgedrückte rückläufige Verteilung wurde dazu von einer absoluten Abnahme der Kaufkraft der Mehrheit der Beschäftigten begleitet, was allerdings mit wesentlich stärkerer Wirkung in den Sektoren mit den niedrigen Einkommen zur Geltung kam.

Die Talfahrt der Einkommen hatte mehrere Ursachen:

\* So nahm zwar die Arbeits-

losigkeit insgesamt ab, doch stieg andererseits die Unterbeschäftigung (weniger als 35 Wochenstunden) von 10,1 auf 14 Prozent an. 1994 wurden 497.889 Beschäftigte dieses Sektors registriert, während diese Zahl im Oktober 1998 auf 746.322 angestiegen war.

\* Im Oktober 1994 gab es 878.512 Einkommensbezieher ohne Altersvorsorge. Im Oktober 1998 aber sind es bereits 1.266.922 Arbeitnehmer, die über keinerlei Altersvorsorge verfügen. Die fast 400.000 Arbeitnehmer, die hinzukamen, sind Schwarzarbeiter ohne Rentenbeiträge, Arbeitnehmer mit Zeitverträgen oder Teilnehmer an befristeten Arbeitsbeschaffungsplänen, die zwischen 40 und 50 Prozent weniger als Dauerbeschäftigte verdienen.

\* Ein neues Phänomen ist die Abnahme der Zahl der Selbständigen um rund 70.000. Dies könnte möglicherweise die Folge des Vormarsches der Supermärkte und Shoppings sein, die zwar einerseits neue Arbeitsplätze schaffen, doch andererseits einen Kahlschlag unter den Beschäftigten in Kleinhandels-geschäften bewirken.

\* Der Verfall der Einkommen beruht auch darauf, dass die Lebenshaltungskosten im Bewertungszeitraum um 3,4 Prozent gestiegen sind, während die

Einkommen eingefroren blieben.

Zu allen diesen Faktoren kommt die Verminderung der Entschädigung nach einer Entlassung, wenn die Arbeitnehmer danach eine neue Stelle finden. Aus einer kürzlich veröffentlichten Untersuchung der Soziologen Luisa Montuschi, Carlos Alberto Etala und Eduardo Melinsky geht hervor, dass grundlos oder aus wirtschaftlichen Gründen entlassene Arbeitnehmer an einem neuen Arbeitsplatz im Durchschnitt ein Einkommen haben, das zehn bis fünfzehn Prozent unter dem liegt, das sie vorher bekamen. Diese Differenz vergrössert sich entsprechend dem Verhältnis ihres Einkommens zu ihrem Dienstalder im vorherigen Betrieb. Die Autoren fügen hinzu, dass die Arbeitnehmer, die zehn bis 20 Jahre für den selben Arbeitgeber tätig waren, am neuen Arbeitsplatz 25 Prozent weniger erhalten. Sind sie mehr als 20 Jahre in einem Betrieb gewesen, müssen sie bereits mit 40 Prozent weniger vorliebnehmen.

Diese Daten erklären einen anderen Umstand: 1994 suchten 826.486 Beschäftigte einen anderen Arbeitsplatz, weil sie mit dem, den sie hatten, nicht zufrieden waren. Im Oktober 1998 umfasste dieser Sektor 1.272.276 Personen - das sind 50 Prozent mehr als 1994.

## DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

### Ökologie-Tagung

Zwischen dem 14. und 17. Januar findet in Lago Puelo in der Provinz Chubut die IV. Tagung EcoPuelo 99 statt. An dem Treffen nehmen zwölf Ökologiefachleute teil, die unter anderen Themen die Vorteile der Windenergie, die Umwelterziehung, die Verteilung von Gas in Patagonien und die Nutzung der soliden städtischen Abfälle behandeln werden. Nähere Informationen hunter der Telefonnummer 0944-99357/209.

### Dengue in Formosa

Beamte der Provinzregierung von Formosa haben im Norden der Provinz nach Angaben der Gesundheitsbehörden das Auftreten von Dengue übertragenden Moskitos registriert. Wenn bisher auch kein Krankheits-

fall gemeldet wurde, so werden doch Erkrankungen befürchtet. Inoffiziell verlautete, dass die Insekten von Paraguay aus nach Argentinien kommen, wo sie nicht nur heimisch sind, sondern wo auch mehrere Dengueerkrankungen registriert worden sind.

### Prozessreform

Der Abgeordnete Guillermo Franco von der Acción por la República hat eine Gesetzesvorlage eingereicht, derzufolge es keine Haftbefreiung mehr für Straftaten gegen Personen und Besitz mit Waffenanwendung geben soll. Die Initiative zur Reform der Strafprozessordnung wird mit der Gewaltwelle begründet, von der die Bevölkerung in der letzten Zeit heimgesucht wird.

### Wahlen in Río Negro

Der PJ-Rat von Río Negro hat bei der Provinzregierung die definitive Festschreibung des Wahlkalenders für dieses Jahr beantragt. Gemäss den Parteimanagern ist die Möglichkeit, 1999 drei Wahlprozesse zu haben, wenn Provinz-, Gemeinde- und Nationalwahlen getrennt stattfinden, unverantwortlich und könnte ihrer Auffassung nach ausufernde und unnötige Ausgaben für die Bevölkerung bedeuten.

### Ocampo trifft Zedillo

Justizminister Raúl Granillo Ocampo traf sich am Wochenende mit dem mexikanischen Präsidenten Ernesto Zedillo und dem Generalstaatsanwalt dieses Landes, Jorge Madrazo Cuellar, zu einem Gespräch über die Thematik des näch-

sten UN-Kongresses über Verbrechensverhütung und Behandlung von Straftätern.

### Landwirtschaftspartei

Die Federación de Cooperativas Agropecuarias (Bund der Landwirtschaftskooperativen) in Corrientes hat zu Wochenbeginn die Bildung des Partido Agrario Nacional (PAN, Nationale Landwirtschaftspartei) angekündigt. Als Begründung für die Neugründung wird die fehlende Repräsentanz und die Aussenseiterrolle des Sektors hinsichtlich der Fassung von Regierungsentscheidungen angegeben.

### Allianz in Córdoba

In der Provinz Córdoba ist am Ende als unausbleibliche Folge der

bitteren Niederlage von Ramón Mestre am 20. Dezember das Allianzfever ausgebrochen und Mestre selbst, der vor der Wahl Front gegen eine Koalition machte, tritt jetzt dafür ein. Der Senator Eduardo Angeloz fasste das derzeitige Klima mit den Worten zusammen, die Allianz müsse „so schnell als möglich, in 60 bis 90 Tagen, zustandekommen.“ Im Februar, so Angeloz, sollten erste Kontakte stattfinden und im März ein Abkommen geschlossen werden.

### Einschüchterung

Die Vereinigung für die Verteidigung des unabhängigen Journalismus hat am Montag ihrem Abscheu über den Anschlag gegen den Direktor der Zeitung „El Diario“ in Resistencia in der Provinz Chaco Ausdruck gegeben. In einem Kommuniké wurde festgestellt, dass es sich um einen Gewaltakt handle, mit dem jene

mundtot gemacht werden sollen, die ihrer Pflicht, zu informieren, nachkommen. Im weiteren wird von den Behörden die umgehende Aufklärung gefordert.

### Hantavirus

Zum ersten Mal wurde im bonaerenser El Palomar das Auftreten des Hantavirus registriert, und zwar bei einer 30jährigen Frau, die seit Dienstag vergangener Woche in Morón im Hospital Posadas stationär behandelt wird. Wie verlautet, sollen am Arbeitsplatz der Frau, einer Druckerei, Ratten gesichtet worden sein, die als Zwischenwirte für die Krankheit dienen. Die Ansteckung erfolgt durch indirekten Kontakt mit Exkrementen oder dem Urin der Tiere.

### „Perro“ Santillán

Die interne Parteifraktion von Carlos „Perro“ Santillán in Jujuy hat

am Montag die „offenen Drohungen“ gegen den Chef der Rentnerorganisation Movimiento Independiente de Jubilados y Pensionados, Raúl Castells, energisch zurückgewiesen. In einem Kommuniké macht die Gruppe Innenminister Carlos Corach und Präsident Carlos Menem für all das verantwortlich, was die persönliche Sicherheit von Castells und seiner Familie beeinträchtigen könnte.

### Wiederwahl I

Eduardo Duhalde erhob am Montag im Rahmen seiner Hackedei mit Präsident Carlos Menem die Stimme und brachte wie bei anderen Anlässen neuerlich den internen Frieden im PJ in Gefahr. Der bonaerenser Gouverneur liess dabei in Erklärungen gegenüber Radio De la Plata verlauten, „Menem glaubt sich unentbehrlich, weil er meint, das Beste zu sein, was Argentinien pas-

sierte“. Im gleichen Atemzug summierte Duhalde zu dem Verhalten des Präsidenten die Beharrlichkeit seiner Anhänger in der Suche nach Winkelzügen in Richtung einer neuerlichen Wiederwahl, die die Verfassung verbietet.

### Wiederwahl II

Auch der Generalsekretär des Präsidialamtes, Alberto Kohan, äusserte sich zum Thema und bezeichnete den Frepaso-Abgeordneten Carlos „Chacho“ Alvarez als einen „Unwissenden“, weil er erklärt hatte, die neuerliche Wiederwahl sei so etwas wie ein Staatsstreich. „Ich meine, das ist eine Unüberlegtheit und ausserdem heisst es keine Ahnung zu haben, zu glauben, in der Demokratie zu diskutieren, bedeute, einen Putsch zu beabsichtigen“, entrüstete sich Kohan.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Brasilien: Krise ohne Ende

In den letzten Monaten fand in Brasilien ein ununterbrochener Abfluss von Devisenreserven statt, obwohl der Staat weiterhin absurd hohe Zinsen für seine Papiere zahlte, zweitweilig bis zu 50% und dann nach und nach weniger, aber auf alle Fälle

über 30% pro Jahr, in der lokalen Real-Währung, die jedoch inzwischen auch stabil ist, d.h., die Preise wiesen kaum noch Zunahmen auf. Brasilien ist eben seit Monaten schon am Punkt angelangt, bei dem die Banker dem Staat nicht trauen, dass er

seinen Verpflichtungen nachkommen wird, so dass schliesslich kein Zinssatz dieses Risiko ausgleicht. Das ungelöste Grundproblem Brasiliens ist die hohe Staatsschuld, die irgendwo zwischen US\$ 300 und US\$ 350 Mrd. liegt (eventuell sogar höher sein kann, da Brasilien keine klaren Zahlen vorlegt, wie es Argentinien tut), zum grössten Teil in Real-Titeln besteht, kurzfristig ist und zu hohen Sätzen verzinst wird. Die jährliche Zinslast liegt demnach irgendwo zwischen US\$ 100 und US\$ 150 Mrd. jährlich. Vergleicht man dies mit den US\$ 41 Mrd., die der IWF bereitgestellt hat, und den etwa US\$ 60 Mrd., die durch Einsparungen bei den Staatsausgaben und neuen Steuern aufgebracht werden sollen, eventuell auch mit dem Privatisierungserlös, der dieses Jahr irgendwo zwischen US\$ 20 und US\$ 30 Mrd. liegen würde, so merkt man, ohne viel zu überlegen, dass die Rechnung nicht aufgeht.

Solange das Problem der Staatsschuld nicht gelöst wird, ist keine Gesamtlösung möglich. Dass der IWF auf ein Abkommen mit Brasilien eingegangen ist, ist nur verständlich, wenn sich Präsident Cardoso verpflichtet hätte, eine Umschuldung zu vollziehen. Das hätte er begreiflicherweise nicht ankündigen können. War dies nicht der

Fall, dann hat der IWF höchst unverantwortlich gehandelt, also Geld zum Fenster hinausgeworfen und die echte Lösung nur verschoben. Da inzwischen kaum jemand, der mit Finanzen zu tun hat, sich nicht völlig im klaren über den Kern des Brasilienproblems ist, hat die letzte Woche verfügte Abwertung von 8,6% (die durch Erhöhung der Schwankungsbandbreite erfolgte) keine Lösung gebracht. Im Gegenteil: dies wurde als Dammbrechung verstanden, so dass weitere Abwertungen erwartet wurden, wobei der Kurs dann am Freitag freigegeben wurde und sofort in die Höhe sprang. Insgesamt machte die Abwertung der Woche über 20% aus.

Der grosse Fortschritt, den Brasilien bei der Stabilisierung erreicht hat, wurde mit einem Schlag zunichte gemacht. Dennoch wurde die grosse Abwertung allgemein als Erleichterung empfunden. Die Staatsschuld in Real wird dabei in ihrem Dollarwert stark verringert. Damit das Problem jedoch als gelöst betrachtet werden kann, müsste die Abwertung unverhältnismässig höher sein, was gefährliche Folgen haben würde, wie ein Medikament, das die Krankheit zwar heilt, aber den Patienten tötet.

Fernando Henrique Cardoso und sein Wirtschaftsminister Pedro Malan sind gewiss intelligente und gut ausgebildete

## Randglossen

Die argentinische Deputiertenkammer hat das Wort gehalten, das die massgebenden Volksvertreter mehrerer Parteien gegeben hatten. Der Vertrag mit Chile über die Grenzziehung im Kontinentales wurde mit hoher Mehrheit ratifiziert, allerdings bei achtzig abwesenden Deputierten, die sich offenbar anderweitig unterhielten. Die anwesenden fast 180 Volksvertreter waren zur Sitzung gelockt worden, indem ihnen ihre Gehälter dort ausbezahlt wurden. Nächster Ratifizierungsturnus kreuzt die Anden. Der chilenische Senat, der bisher gebockt hatte wie die argentinische Deputiertenkammer, soll Mitte Januar ratifizieren, damit nachher die beiden anderen Kammern in Argentinien und Chile den Vertrag perfekt machen. Erst dann werden Sachverständige die Grenze ziehen und auf einer Karte aufzeichnen, welche Prozedur möglicherweise mehrere Jahre beanspruchen kann. Unterdessen herrscht Grenzfriede auf beiden Seiten der Anden. Endlich.

Das Tauziehen um die Kandidaturen für nächstes Wahljahr schreitet voran. Der Radikale Melchor Posse, Bürgermeister von San Isidro, wurde mit den Zeigefingern der UCR-Gewaltigen zum Kandidaten für das Vizegouverneursamt der Provinz Buenos Aires aufgestellt, um die mit dem Zeigefinger von Carlos „Chacho“ Alvarez designierte Kandidatin Graciela Fernández Meijide zu begleiten. Die Justizialisten tun sich vorerst schwer. Sie bereiten die offenen Internwahlen ohne Zeigefinger der Parteigewaltigen vor, über deren Datum vom 11. April heftig diskutiert wird. Menemhörige Justizialisten wollen das Datum angeblich bis Januar verzögern, damit allenfalls die erneute Wiederwahl des Präsidenten politisch am Leben bleibt. Duhalde besteht auf besagtem Datum und hofft auf einen Wahlsieg, Ortega und Reuteman schauen bedächtig zu und harren der Dinge, die im Parteistreit noch kommen mögen, während fünfzehn gewählte Gouverneure den Teig kneten, aus dem die Kandidaten entstehen.

Menschen mit viel Erfahrung. Warum schieben sie das Problem ständig vor sich hin, statt es frontal anzupacken? Hierzu muss man als erstes bemerken, dass Cardoso kein Menem ist, der eine phänomenale Entscheidungsfähigkeit gezeigt hat, besonders in schwierigen Momenten. Er ist ein Intellektueller (einer der angesehensten Soziologen Lateinamerikas, dessen Bücher auch in argentinischen Universitäten als Lehrbücher verwendet werden), der zaudert und revolutionäre Entscheidungen scheut, bei denen er zweifelsohne ein Risiko eingeht. Zum zweiten hat Cardoso einen schwachen politischen Rückhalt, da die Parteien, auf deren Grundlage er gewählt wurde, keine solide Basis haben. Sie sind keineswegs vergleichbar mit den grossen argentinischen Parteien. Und zum dritten sind sich die brasilianischen Politiker offensichtlich der Art und Tiefe der Krise nicht bewusst, so dass Cardoso nur zum Teil mit ihrer Unterstützung zählen kann, wenn es hart zugeht. Cardoso ist auch nicht ein Mann, der eine charismatische Führungsrolle ausübt, wie es bei Menem bei der schweren Krise von 1989 der Fall war.

Die Umschuldung der Staatsschuld kann unter den gegenwärtigen Umständen nur zwangsweise erfolgen, wie es in Argentinien 1990 beim Bonex-Plan geschehen ist. Die Gläubiger der Regierungen müssen somit mit Staatspapieren in Dollar, auf 10 bis 20 Jahre, zu Liborzinssatz, ausgezahlt werden. Auf freiwilliger Basis ist so etwas heute nicht mehr möglich. Vor einigen Monaten noch schlug Gerald Corrigan, ehemaliger Präsident der Federal Reserve von New York und jetzt Mitglied von Goldman Sachs, vor, dass der IWF, das US-Schatzamt u.a. Staaten einen Fonds bilden, um brasilianische Staatspapiere zu garantieren, womit Brasilien dann Zugang zum normalen Finanzmarkt hätte. So etwas erscheint inzwischen nicht mehr machbar, wegen des Umfangs der Schuld und der vorgeschrittenen Vertrauenskrise.

Juristisch ist diese Zwangsumschuldung fraglich, ebenso wie es in Argentinien der Fall war. Hier hat jedoch der Oberste Gerichtshof dies bestä-

tigt, mit einer formell merkwürdigen Argumentation, die jedoch im Wesen auf die Staatsraison basiert, also auf das Bestehen eines höheren Gesamtinteresses, das Vorrang vor dem individuellen Interesse hat. Cardoso kann nur mit einer ähnlichen Unterstützung seines Obersten Gerichtshofes rechnen, wenn dieser und die Berufspolitiker sich über die Tiefe der Krise bewusst sind. Das Establishment müsste dabei auch mitmachen, wozu es notwendig ist, dass diese in Wirtschaft und Gesellschaft führenden Personen sich bewusst werden, dass die Alternative eben eine Dauerkrise mit schlimmen Konsequenzen ist, die schliesslich auch institutioneller Natur sein können. Aristoteles hat schon gesagt, dass nach der Anarchie die Diktatur kommt.

Wenn Brasilien das Problem der öffentlichen Schuld löst, dann löst sich der Rest fast von alleine. Dann kann das Abkommen mit dem IWF wirksam sein und die Stabilisierung fortgesetzt werden. Brasilien hat, im Gegensatz zu Korea, Thailand, Russland und vorher Mexiko, die keine Devisenreserven hatten, immer noch um die US\$ 30 Mrd., plus die US\$ 41 Mrd., die der IWF bereitgestellt hat. Nach einer Umschuldung sinkt das Budgetdefizit von gegenwärtig 7% bis 8% des BIP sofort auf 2% bis 3%, wobei dann durch die mit dem IWF verpflichteten Massnahmen auch dieses Defizit ausgemerzt werden kann. Man muss sich der Tatsache bewusst sein, dass die reale Wirtschaft Brasiliens intakt ist und bald wieder in Schwung geraten würde, wenn vernünftige Spielregeln bestehen, ohne unmittelbare Aussicht auf einen Staatsbankrott.

Sowohl die brasilianische Krise, wie auch vorher die mexikanische zeigen, dass das argentinische Konvertibilitätssystem viel besser ist, da es eine Währung schafft, die Vertrauen geniesst. Ohne Konvertibilität wäre die Auswirkung der Tequila-Krise im Jahr 1995, ebenso der asiatischen Krise im Oktober 1997, der Russland-Krise im August 1998 und der jetzigen Brasilien-Krise unverhältnismässig schlimmer gewesen. Wenn diese Krise in Brasilien einmal überwunden ist, sollte sich die Regierung jenes Landes

überlegen, wie sie zur Konvertibilität übergehen kann, was allerdings mehr monetäre Disziplin bedeutet und allerlei Manipulationen, wie Kredite an Freunde, behindert. Menem schlug jetzt vor, völlig überraschend mitten in einer Kabinettsitzung, den Peso ganz aufzugeben und auf den Dollar überzugehen. Dieser Vorschlag dürfte jedoch kaum durchkommen, zumal es eines Gesetzes bedarf. Aber es besteht kein Zweifel, dass dabei die Zinsen sinken, die bei Pesokrediten höher als bei Dollarkrediten sind, und ausserdem, genau wie beim Euro, die Umtauschkosten von Peso in Dollar und umgekehrt, entfallen.

Die brasilianische Krise wirkt sich auch auf Argentinien aus. Es wird damit gerechnet, dass das BIP in Brasilien dieses Jahr um über 5% zurückgeht, sofern nicht sofort eine integrale Lösung in Angriff genommen wird. Das bedeutet, dass auch die argentinischen Exporte zurückgehen und brasilianische Lieferanten aggressiver auf dem argentinischen Markt auftreten werden. Das kann Argentinien eventuell um eine Milliarde an Exporten kosten, was sich zwar negativ auf die schon rückläufige Konjunktur auswirkt, jedoch keinen Tragödie ist. Denn bezogen auf die Gesamtexporte wären es keine 4%.

Die Zinsen stiegen am Platz sofort, weil die Banken erneut höhere Liquiditätsreserven haben wollen, für den Fall eines De-

positenabflusses. Ebenfalls stieg die Rate für das argentinische Risiko in den USA, was eine Zinsverteuerung bedeutet. Minister R. Fernández beschloss daraufhin sofort, bis Juni keine Staatspapiere mehr unterzubringen. Die vorsichtige Politik der Schuldenaufnahme für die nächsten Monate macht sich erneut bezahlt. Wichtig ist jedoch, dass die Rate für das Landesrisiko weitaus weniger stieg als die brasilianische, ebenso wie die argentinische Börse (in Dollar gerechnet) etwa halb so viel fiel wie die brasilianische. Seit Menem bei der IWF-Versammlung gesprochen hat, scheinen die Finanzoperatoren der Welt sich des Unterschiedes mit Brasilien bewusst geworden zu sein. Der jüngste Menem-Besuch in USA hat auch dazu beigetragen, ebenso die Kleinarbeit von R. Fernández und seinen Mitarbeitern. Es besteht kein Zweifel, dass Argentinien nicht abwerten wird, einmal, weil es nicht notwendig ist, und dann, weil es kein Problem löst und hingegen grosse neue Probleme schafft. Aber die Rezession, die schon besteht und normalerweise bis April oder Juni dauern würde, könnte jetzt vertieft und verlängert werden. Wobei dies vom weiteren Verlauf der Ereignisse in Brasilien und auch von der effektiven Wirkung der Krise auf Argentinien (lies: Entwicklung der Devisenreserven und der Bankdepositen) abhängt.

## Kreditkarten: weder Höchstzinsen noch -margen

Als Staatssekretär Alieto Guadagni begann, die Daten über die Kreditkartenunternehmen zu veröffentlichen, hat er sich wohl kaum vorgestellt, was er damit auslösen würde. Mit einem Mal erfuhren die Karteninhaber, dass sie phänomenal hohe Zinsen zahlten, worüber sich die meisten wohl vorher nicht klar bewusst waren. Das allein führte sofort zu einer Senkung der Zinsen, besonders bei den Spitzenwerten. Viel bedeutender ist jedoch die Diskussion, die über die Provisionen entbrannte, die die Kreditkartenunternehmen von den angeschlossenen Einzelhandelsgeschäften fordern, die bis zu 10% gehen. Was dabei für die kleineren Geschäfte besonders irritierend war, war der Um-

stand, dass diese Provisionen bei Supermärkten nur 1,5% betragen, was eine deutliche Diskriminierung darstellt und den unabhängigen Kleinhandel noch mehr benachteiligt.

Der Kongress nahm sich daraufhin der Frage an und verabschiedete das Gesetz 25.065, das erst am 14. Januar im Amtsblatt erschien, mit Teilvetos der Regierung, die schon vorher bekanntgegeben worden waren. Die Regierung hat hierfür bis zum letzten Tag des Termins gewartet, innerhalb dem das Veto verfügt werden kann. Das Gesetz besteht aus 58 Artikeln, die die Kreditkarten in allen Einzelaspekten regeln. Das Veto bezieht sich auf 15 Punkte, von denen die meisten jedoch zweit-

rangige Bedeutung haben. Wichtig sind im Wesen diejenigen, die sich auf die Zinsen (die die Käufer zahlen) und die Provisionen (die der Einzelhandel zahlt) beziehen.

Das Gesetz sieht im Artikel 15, der einem Veto unterzogen wurde, vor, dass der Unterschied bei Provisionen bei Geschäften der gleichen Branche nicht um über 3 Punkte betragen darf. Ausserdem wird vorgeschrieben, dass Unterschiede vermieden werden müssen, die gegen kleine und mittlere Kaufleute diskriminieren. Und schliesslich wird ein Höchstsatz von 5% festgesetzt. Das Gesetz sieht ebenfalls im Artikel 37, Paragraph c, vor, dass keine Differenzen zwischen den Preisen festgesetzt werden dürfen, wenn die Waren mit Kreditkarten oder in bar bezahlt wird. Auch das wurde dem Veto unterstellt. Das bedeutet jedoch nicht, dass es den Kreditkartenunternehmen verboten wird, den Einzelhandel vertragsmässig zu verpflichten, bei Barzahlung billiger zu verkaufen. In der Praxis halten sich die meisten Geschäfte nicht an diese Vertragsklausel, so dass bei Barzahlung eben doch billiger verkauft wird und die Kreditkartenunternehmen kaum etwas tun können, um dies zu verhindern. Die Klausel im Gesetz mutet sonderbar an: denn logischerweise müsste sie genau gegenteilig lauten, indem die Geschäfte gezwungen werden, bei Barzahlung die Provision der Kreditkarte abzuziehen. Der Käufer soll die Freiheit der Wahl haben.

Wenn man sich vor Augen hält, dass in vielen Fällen bei Barzahlung der Preis um 10% gesenkt wird, muss man sich fragen, ob jemand dennoch mit Karte kauft. Denn bei einer normalen Kreditzeit von durchschnittlich einem Monat bedeutet diese Preisdifferenz, hochgerechnet auf ein Jahr einen Zinssatz von 214%. Wenn dann noch in Raten gezahlt wird, gelangt man auf über 250% jährlich. Diejenigen, die hier mit Kreditkarte zahlen, können entweder nicht rechnen (so dass man sie erneut in die Schule schicken sollte!) oder sie stehen unter akuter Geldnot, so dass sie diesem Wucher machtlos ausgesetzt sind.

Der unabhängige kleine und mittlere Einzelhandel beklagt sich hauptsächlich wegen der Diskriminierung gegenüber den

Supermärkten, die eine Provision von nur 1,5% bezahlen, gegen 5% bis 10% bei ihnen. Das schafft einen zusätzlichen Vorteil für die Supermärkte, da diese Provision im Preis eingeschlossen sein muss. Der Verband CAME, der den unabhängigen Einzelhandel vertritt, ist energisch für die Beibehaltung der Klausel des Gesetzes eingetreten, unterlag jedoch gegenüber den Kreditkartenunternehmen. In der Tat liegt der Grund für die niedrigeren Margen der Supermärkte darin, dass der durchschnittliche Betrag jedes Kaufes hier unverhältnismässig höher ist, was geringere Verwaltungskosten für die Kreditkartenunternehmen bedeutet. Dennoch erscheint die Differenz zu gross; im Grunde besteht sie, weil die Supermärkte stark genug sind, um diese Bedingung durchzusetzen, wobei sie sonst keine Kreditkarten annehmen, wie es vor mehreren Jahren der Fall war. CAME hat jedoch den Kampf nicht aufgegeben, und wendet sich jetzt an den Kongress, damit er zumindest dieses Teilveto mit Zweidrittelmehrheit überstimmt. Es ist gut möglich, dass er dies erreicht, da er wohl mit den Stimmen der Opposition rechnen kann, wobei jedoch auch bei der Regierungspartei das Interesse des Einzelhandels eventuell überwiegt.

Was die Zinsen betrifft, die die Banken (oder in einigen Fällen die Kreditkartenunternehmen selber) bei Zahlung in Raten fordern, so sieht das Gesetz im Artikel 16 (der auch durch das Veto gestrichen wurde) vor, dass diese nicht 25% höher als der Satz der Bank für persönliche Kredite liegen darf. Nun sind diese Zinsen jedoch schon sehr hoch und betragen gelegentlich 3% und auch 4% und mehr pro Monat, so dass dies mit 25% mehr kaum unter den Zinsen liegt, die die Banken gegenwärtig fordern. Der Paragraph, nach dem die Banken gezwungen werden, die Zinssätze für Kreditkarten sichtbar in Form eines Plakates mitzuteilen, wurde beibehalten. Es ist wichtig, dass die Kunden wissen, wieviel sie effektiv zahlen. Das stand bisher sehr klein geschrieben im Vertrag, wobei sie den konkreten Satz, der jeweils gilt, kaum erfahren. Manche Kunden dürften somit Abstand vom Kredit nehmen. Normalerweise zahlt der

Käufer diese Zinsen; aber gelegentlich tragen die Geschäfte auch diese Kosten, um den Verkauf anzuspornen.

Die Kreditkartenunternehmen und Banken haben jedoch als Gegenleistung für das Veto versprochen, die Zinsen und die Margen zu senken, was sie dann auch prompt getan haben. Nach einer Information des Bankenverbandes ABA sind die Zinsen von durchschnittlich 48% auf 36,5% gesenkt worden, und die Höchstprovisionen von 8,75% auf 7,90%. Mehrere Grossbanken fordern jedoch immer noch 38% und auch mehr. Aus Regierungskreisen wurde den Kreditkartenunternehmen und Banken nahegelegt, Margen und Zinsen weiter zu senken, um dem Druck des Einzelhandels und der Karteninhaber den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das Grundproblem der Kreditkarten besteht darin, dass es zu viele gibt. Insgesamt wurden fast 11 Mio. Karten ausgegeben, von denen man über 3 Mio. abziehen kann, weil sie entweder nicht verwendet werden oder einer Person gehören, die schon eine andere Karte hat. Aber auch 8 Mio. sind zu viel; denn dies bedeutet, dass auch viele Personen mit einem Monatseinkommen unter \$ 1.000 eine Karte haben, was keinen vernünftigen Sinn hat, da sie wenig ausgeben. Viele verschulden sich über diese Karten und, da sie am Monatsende dann ihr Gehalt oder Lohn zum grössten Teil zur Abzahlung der Schuld einsetzen, müssen sie sich erneut verschulden, wobei sie dann nie aus diesem Teufelskreis herauskommen und ständig Wucherzinsen zahlen. Bis sie schliesslich nicht mehr zahlen. Dieses Ende ist jedoch bei diesen Karteninhabern mit niedrigen Einkommen voraussehbar. Warum werden ihnen dann Karten gegeben? Früher waren die Kreditkartenunternehmen viel selektiver, was auch richtig war.

Die Kreditkartenunternehmen und Banken weisen darauf hin, dass sie relativ hohe Verlu-

ste bei diesen Zahlungseinstellungen erfahren, wobei sich der Prozess zur Eintreibung geringer Beträge nicht lohnt. Die Richter stehen normalerweise auf der Seite der faulen Kunden und erschweren den Banken das Inkasso. Das bedeutet, dass die guten Kunden bei diesem Geschäft für die schlechten aufkommen. Logisch wäre, dass die Kreditkartenunternehmen die Karten nur an Personen mit einem bestimmten Einkommen vergeben und auf diese Weise weniger säumige Kredite haben.

Die Unternehmen fordern konkret, dass der Ausweis, der jeweils bei einem Kauf mit Kreditkarten ausgestellt wird, der vom Käufer unterzeichnet wird, direkt gerichtlich eingeklagt werden kann, wie ein Wechsel. Das Gesetz sieht in den Artikeln 39, 40 und 41 vor, wie das Exekutivverfahren eingeleitet werden kann, bei dem der ordentliche Prozess übersprungen wird, also die Beweisetappen entfallen. Das Kreditkartenunternehmen muss dem Gericht folgende Unterlagen vorlegen: den Vertrag, den Kontoauszug, eine eidesstattliche Erklärung über die Inexistenz einer fundierten Beanstandung des Schuldners wegen Verlust der Karte oder weil Käufe unkorrekt gebucht wurden. Laut Gesetz hat der Kunde einen Monat Zeit dafür. Wenn durch diese Bestimmung nur der komplizierte Prozessweg abgeschafft wird, der gegenwärtig besteht, dann dürften sich die Kosten, die die Unternehmen wegen Säumigkeit erleiden, verringern, was eine weitere Senkung von Margen und Zinsen rechtfertigen würde.

Es besteht kein Zweifel, dass dieses Geschäft wieder selektiver gehandhabt werden muss, mit viel weniger Kreditkarteninhabern und geringeren Margen für die Geschäfte.

Kreditkarten haben nur einen vernünftigen Sinn bei Leuten, die relativ viel Geld ausgeben. Und das sind landesweit bestenfalls 10% der Bevölkerung, also 3,6 Mio. Menschen.

## Verlängerung der Strassenkonzessionen?

Ende der Vorwoche wurde bekanntgegeben, dass die Regierung ein Abkommen mit den Unternehmen abgeschlossen habe, die seit 1991 fast 10.000 km Überlandstrassen in Konzessi-

on betreiben, das in folgendem besteht:

a. Die Unternehmen verzichten auf die Erhöhung der Tarife um 5%, die im August 1998 vertragsgemäss hätte gewährt wer-

den müssen, sowie auf weitere Erhöhungen gemäss der vorgesehenen Indexierung nach dem LIBOR-Satz minus 20%.

b. Die Unternehmen verzichten auf die Zahlung der von der Regierung nicht gezahlten Subventionen, die in den Verträgen vorgesehen waren, und die laut den Unternehmen US\$ 220 Mio. betragen, laut Regierung höchstens US\$ 150 Mio.

c. Die Verträge, die im Jahre 2003 ablaufen, werden um 3 Jahre verlängert.

d. In dieser Periode werden die Tarife nur erhöht, wenn der Index der Baukosten 5% übersteigt.

e. Die Unternehmen verpflichten sich, in dieser zusätzlichen Periode insgesamt US\$ 60 Mio. zu investieren.

Dieses Vertragswerk, das vom Staatssekretär für öffentliche Bauten, Raul Costamagna, ausgehandelt worden ist, und angeblich von Wirtschaftsminister Roque Fernandez und Kabinettschef Jorge Rodriguez gutgeheissen wurde, muss jetzt dem Kongress vorgelegt werden, zunächst konkret der bikameralen Privatisierungskommission. Oppositionssprecher haben schon ihre frontale Zurückweisung dieses Abkommens bekanntgegeben; aber auch in den Reihen der Regierungspartei scheint man kaum geneigt zu sein, dieser eigenartigen Verlängerung zuzustimmen.

Der Fall erfordert eine Erklärung. Als 1990 der damalige Minister für Bauten und öffentliche Dienste, Roberto Dromi, diese Verträge unterzeichnete, suchte er damit eine schnelle Lösung für ein akutes Problem, nämlich dem

desolaten Zustand der Überlandstrassen. Als Cavallo im Februar 1991 antrat, schuf er zunächst die Strassengelder ab, und verhandelte dann mit den Unternehmen über neue Verträge, die auch zustande kamen. Das erstaunliche dabei ist, dass keiner von diesen intelligenten und gut ausgebildeten Menschen, auch nicht ihre hervorragenden Mitarbeiter und diejenigen, die normalerweise Verträge dieser Art kontrollieren, die absurde Wertberichtigung dieser Verträge beanstandet hat. Normalerweise werden die Tarife bei öffentlichen Diensten in Dollar festgesetzt, wobei die Werte dann gemäss dem Index der Konsumentenpreise in den USA indexiert werden. Das ergibt dann Dollar von konstanter Kaufkraft in den USA. In diesem Fall wurde bestimmt, dass die Tarife jedes Jahr im Verhältnis des LIBOR-Zinssatzes minus 20% erhöht werden. Dieser Zinssatz wird bei Krediten angewendet, hat jedoch überhaupt nichts mit diesem Tarif zu tun. In der Praxis führte dies zu einer automatischen Erhöhung der Strassengelder, bis es unlängst an verschiedenen Orten des Landes zu einer offenen Rebellion von Landwirten, Transportunternehmen u.a. kam.

Bei Strassengeldern muss der Tarif an die Verkehrsdichte gebunden werden. Denn die Kosten steigen nicht im Verhältnis zum höheren KFZ-Verkehr. Wenn dieser sich mehr als verdoppelt, wie es ab 1990 effektiv der Fall war, dann steigen die Wartungs- und Verwaltungskosten bestenfalls um 20%. Ausserdem ist es logisch, dass der

Tarif am Anfang höher ist und dann sinkt; denn die Unternehmen müssen zunächst hohe Investitionen durchführen, um die Strassen instand zu setzen. Nachher handelt es sich nur um eine normale Wartung, die wenig kostet. Schliesslich hat die Regierung in den Fällen, bei denen die Verkehrsintensität nicht ausreichte, um eine angemessene Rentabilität möglich zu machen, Subventionen gewährt. Normalerweise werden in diesen Fällen höchstens Garantien für eine bestimmte Zahl von KFZ gewährt, die die Strasse jährlich befahren, so dass bei geringerer Zahl der Fahrzeuge die Regierung für die fehlenden aufkommt. Ausserdem besteht auch bei dieser Klausel normalerweise die Bedingung, dass die Unternehmen Verluste aufweisen. Bei den Konzessionen, um die es jetzt geht, wurden jedoch einfach feste Subventionen gewährt, was ein Widerspruch ist. Diese Verträge sind so absurd und so vorteilhaft für die Unternehmen, dass man wohl annehmen kann, dass es dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Denn die Annahme, dass Dromi, Cavallo u.a. einfach naiv und dumm sind, ist absurd.

Die Verlängerung der Verträge stellt ein schwieriges Problem. Argentinien braucht Autobahnen, um den enorm gestiegenen Kfz-Verkehr zu bewältigen. Das bedeutet, dass bei den konzessionierten Strassen eine zusätzliche Bahn gebaut werden muss, oder dass eine ganz neue Autobahn gebaut wird. Wenn die bestehenden Konzessionen verlängert werden, dann muss die Regierung mit den Konzessionären direkt verhandeln, da eine Ausschreibung dann ausgeschlossen ist. Das bedeutet, dass sie Bedingungen stellen können, die die Regierung dann annehmen muss. Nachdem es sich hier um Rieseninvestitionen handelt, wäre diese Umgehung der öffentlichen Ausschreibung ein Skandal, wobei sie auch legal angefochten werden kann.

Die Notwendigkeit von Autobahnen ist unumstritten. Allein der Umstand, dass dann die frontalen Zusammenstösse aufhören und die Zahl der jährlichen Todesfälle bei Kfz-Unfällen, die an die 10.000 ausmacht, auf weniger als ein Drittel sinkt, ebenso die Zahl der Schwerverletzten, die an die 20.000 ausmacht, ist ein unwiderlegbares

Argument für den Bau eines Autobahnnetzes. Was zur Diskussion steht, ist die Art derselben, die Bestimmung der konkreten Strecken und die Art der Konzession. Das Laura-Projekt schlägt vor, die Strassengebühren durch eine Brennstoffsteuer zu ersetzen. Dieses System hat den Vorteil, dass die relativ hohen Kosten der Erhebung der Strassengelder (10 bis 25% der Bruttoeinnahmen) entfallen, und dass das System solidarisch ist, was bedeutet, dass die reichen Gegenden des Landes für die ärmeren aufkommen. Dies erlaubt dann auch, Autobahnen zwecks Förderung der Wirtschaft bestimmter Regionen zu bauen. Wenn das System der Strassengelder beibehalten wird, werden sich die Autobahnen auf die reicheren Gegenden des Landes konzentrieren, wobei die ärmeren dem Staat zur Last fallen, was in der Praxis bedeutet, dass dort keine Autobahnen gebaut werden und auch die normalen Überlandstrassen verkommen. In den USA wurde ursprünglich auch mit Konzessionen auf Grundlage von Strassengeldern begonnen; aber in den 50er Jahren, unter Präsident Eisenhower, ging man zur Finanzierung über den Benzinpreis über, so dass heute nur ein geringer Teil der Strassen mit Gebühren finanziert wird.

Das Problem, das die Regierung jetzt mit diesen absurden Verträgen hat, muss auf andere Weise gelöst werden. Einmal muss eine private Firma mit der Kontrolle der Erfüllung der Konzessionsverträge beauftragt werden. Bisher hat das nationale Strassenbauamt („Vialidad Nacional“) diese Kontrollen durchgeführt, so dass es in der Praxis kaum Kontrollen gab. Denn, kann man annehmen, dass ein Inspektor, der \$ 1.500 pro Monat verdient, sich einem mächtigen Baukonzern widersetzt? In manchen Fällen wurden die Strassen nicht so erhalten, wie es die Konzessionsverträge (die in dieser Beziehung sehr genau sind) vorschreiben. Dann bestehen auch Zweifel, ob die vorgeschriebenen Investitionen effektiv durchgeführt wurden. Schliesslich besteht auch eine Klage vor Gericht, weil ein Unternehmen Tickets mit der gleichen Nummerierung ausgestellt hat, also offensichtlich ein Schwarzgeschäft gemacht hat. Verfügt die Regierung über die-

## YPF SA expandiert in den USA

YPF SA hat seine Marktstellung in den USA deutlich gefestigt, um den Absatz seiner Erzeugnisse auf diesem Platz zu sichern und zu erweitern. Das Unternehmen hat 51% des nordamerikanischen Vertriebsunternehmens Global Petroleum einschliesslich seiner fünf Filialen erworben.

Der Kaufpreis wurde mit US\$ 28,5 Mio. angegeben. Das argentinische Unternehmen verfügt damit über einen ausgebauten Vertriebsapparat für den grössten Markt der Welt. Global Petroleum ist ein Einfuhr- und Vertriebsunternehmen von Erdöldestillaten und kontrolliert 2,5% des Benzinmarktes von Neuengland. Die Ausdehnung des Downstream-Geschäftes folgt ähnlichen erfolgreichen Bemühungen in Brasilien, Chile, Perú, Ecuador und Bolivien.

Bisher lieferte YPF SA seine Fertigprodukte über Grossisten an Tankstellen. Ab nun verfügt das Unternehmen zusätzlich über eine Speicherkapazität von bis zu 3,5 Mio. barrel (zu 159 l) und über eine eigene Vertriebslogistik, wodurch es seine Erzeugnisse direkt, ohne Verpackung und ohne Markenbezeichnung den verschiedenen Vertriebsstellen zukommen lassen kann. Da jetzt ausserdem die Tankschiffe ihre Lagereinrichtungen direkt versorgen können, spart YPF SA einen wesentlichen Teil der Vertriebskosten und verfügt über einen gesicherten Absatz.

se Daten, hat sie eine bessere Verhandlungsposition.

Aber ausserdem sollte die Klausel der Indexierung gemäss LIBOR-Satz als null und nichtig erklärt werden, wofür es gute juristische Argumente gibt. Ebenso müssen die Subventionen für Unternehmen mit Gewinnen beanstandet werden. Die Unter-

nehmen werden es bestimmt nicht auf einen Prozess ankommen lassen, der viele Jahre dauert und dessen Ausgang ungewiss ist. Als Zuckerbrot kann die Regierung ihnen eine Präferenz bei zukünftigen Ausschreibungen einräumen, indem sie wegen ihrer Erfahrung auf diesem Gebiet besser qualifiziert werden.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.**

\*\*\*

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 22,4% auf 340,61, **der Burcapindex um 22,2% auf 629,59** und der Börsenindex um 18,6% auf 14.484,91.

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 6,6% auf \$ 0,7480.**

\*\*\*

**Durch Beschluss 2/99 des Sekretariats für Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei und Nahrung wurden die Quoten für Fischereiunternehmen bei Seehecht („merluza hubsi“) ab 1.1.99 gegenüber der 1997 gefischten Menge halbiert.** Als Grund wird der Notzustand bei diesem Fisch angegeben, bei dem es eine deutliche Überfischung gab.

\*\*\*

**Durch Dekret 1523/98 (Amtsblatt vom 8.1.99) wurde die interne Steuer von 6,55% auf elektronische Artikel bis zum 31.12.99 verlängert.**

\*\*\*

**Durch Beschluss 327/98 und des 328/99 des Amtes für öffentliche Einnahmen (Amtsblatt vom 8.1.99) wurden Vorschüsse auf die Gewinnsteuer und die Steuer auf den vermuteten Mindestgewinn (Aktivensteuer) festgesetzt.** Dies bezieht sich auf Gesellschaften (Artikel 69 des Gewinnsteuergesetzes), deren Bilanzen zwischen dem 31.12.98 und dem 30.11.99 schliessen, und auf physische Personen, die 1997 einen Steuergewinn von über \$ 200.000 erzielt haben, da jetzt darüber hinaus auch der Satz von 35% gilt.

\*\*\*

**Durch Beschluss 326/99 des Amtes für öffentliche Einnahmen AFIP (Amtsblatt vom 8.1.99) wurde in zwei Steuerbezirken von Santa Fe das System der spontanen Erklärung gemäss Dekret 935/97 ausser Kraft gesetzt.** Es handelt sich bei der Agentur 1 von Rosario um Ortschaften nördlich der Stadt, und bei der Agentur 2 von Rosario um Ortschaften südlich

der Stadt. Der Beschluss enthält keine konkrete Begründung. Steuerektor Silvani hatte 1997 ein System geschaffen, durch das säumige Steuerzahler ihre Schulden in Raten zahlen konnten, mit einem normalen Zinssatz. In jedem Fall wurden die Raten vereinbart, je nach der Lage des Steuerzahlers. Dies wurde damals „freundliches Inkasso“ (cobro amigable) getauft.

\*\*\*

**Argentinien exportierte 1998 nach den USA Waren für rund US\$ 2,2 Mrd. und importierte für US\$ 6,2 Mrd., so dass ein negativer Saldo von US\$ 4 Mrd. verbleibt.** Dieses Ungleichgewicht erklärt sich zum grossen Teil durch die hohen Kapitalgüterimporte, die etwa die Hälfte der Importe aus USA ausmachen, die mit Krediten finanziert werden oder Kapitalniederlassungen darstellen.

\*\*\*

**Die Exporte von Milchprodukten lagen 1998 insgesamt mit US\$ 317 Mio. um 6,8% über den US\$ 297 Mio. des Vorjahres.** 85% dieser Exporte gehen nach Brasilien.

\*\*\*

**Durch Dekret 1526/99 (Amtsblatt vom 11.1.99) wurde die Nationale Wertpapierkommission ermächtigt, Gebühren von den von ihr kontrollierten juristischen Personen und Institutionen zu erheben.** Einmal geht es um eine Kontrollgebühr, und dann um eine Ermächtigungsgebühr, bei Ausgaben von Aktien, Obligationen und bei Ausgabe von Wertpapieren durch Treuhandfonds. Bisher wurden die Ausgaben der Wertpapierkommission mit normalen Budgetmitteln bestritten. Für den Haushalt ergibt sich jetzt somit eine Ersparnis.

\*\*\*

**Die gesamte Zuckerproduktion erreichte 1998 die Rekordzahl von 17,5 Mio. Tonnen,** von denen 1,15 Mio. auf Tucumán, 0,57 Mio. auf Salta und Jujuy und 29.215 t auf Santa Fé und Misiones entfielen. Die höchste Produktion entfiel auf Concepción (Tucumán) mit 305,830 t., gefolgt von Ledesma (Jujuy) mit 286.394 t. Da Ledesma jedoch eigenes Zuckerrohr verarbeitet, ist der Produktionswert dieses Unternehmens weitaus höher als der von Concepción, die das Rohr von unabhängigen Pflanzern bezieht. Diesen Unternehmen folgen dann San Martín del

Tabacal (Salta) mit 120.466 t, La Esperanza (Jujuy) mit 100.604 t, La Providencia (Tucumán) mit 97.175 t, La Trinidad mit 94.873 t, Santa Bárbara mit 81.308 t, La Fronterita mit 79.250 t und Nuñorco mit 75.905 t.

\*\*\*

**C. Silvani, Leiter des Amtes für Öffentliche Einnahmen AFIP, erklärte, die Einheitssteuer (monotributo) habe der Steuerdruck für mehr als 700.000 kleine Steuerzahler erleichtert, die dadurch um 30% bis 60% weniger zahlen, als sie theoretisch zahlen müssten.** Von den 700.000 Eingetragenen seien rd. 500.000 bereits eingetragene Steuerzahler, die eine Erleichterung fanden, und nur 200.000 neu eingetragene Steuerpflichtige.

\*\*\*

**Kurz nach Einweihung der neuen Trafostation Azopardo, die US\$ 45 Mio. Investition erforderte, gab das Stromverteilungsunternehmen Edesur weitere Investitionen für 1999 bekannt.** Drei weitere Trafostationen und der Ausbau einer vierten seien mit der Gesamtinvestition von US\$ 124 Mio.

vorgesehen. Damit werde die Kapazität der Trafostation Azopardo von 600 MVA (Mega Volt-Ampere) um weitere 620 MVA erhöht. Die Trafostationen verringern die von den Hochspannungsleitungen gelieferten 500 kV auf 220 kV und 132 kV, von denen, durch weitere Transformationen, auch die 220 V Haushaltsspannung gewonnen werden.

\*\*\*

**Agua Argentinas, die Konzessionärin für die Wasserver- und -entsorgung im Raum Gross Buenos Aires, hat ihren Investitionsplan für US\$ 800 Mio. bekanntgegeben.** Die Ankündigung erfolgte im Rahmen der Erhöhung der Benotung der Firma durch Standard/Poor's auf BBB-, die ähnlich der Bewertung der grössten argentinischen Unternehmen und besser als jene für Argentinien als Land ist. Bei der Benotung wurde berücksichtigt, dass die Konzession 30 Jahre läuft und dass der Hauptaktionär die französische Suez-Lyonnaise des Eaux ist. 1998 hat Agua Argentinas \$ 463 Mio. umgesetzt, \$ 36 Mio. verdient und \$ 166 Mio. investiert.

\*\*\*

SE USA CADA  
VEZ QUE SE LAVA  
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

NUEVO



¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1602) Florida  
Pcia. de Buenos Aires-Argentina. Tel.: 730-0011-Fax: 730-0800

Bei den jüngsten Steuerreformen hat der Kongress die Steuer auf gezahlte Zinsen dahingehend begrenzt, dass ein Höchst-satz von 1,5% auf die Schuld fest-gesetzt wurde, was bedeutet, dass der Steuersatz bei Zinssätzen über 10% sinkt. Diese Massnahme, die für Grossunternehmen kaum eine Wirkung gehabt hätte, war für kleine und mittlere Unternehmen sehr wichtig, da diese normalerweise höhere Zinsen zahlen. Die Regierung hat diese Begrenzung jedoch einem Veto unterworfen. Es ist allerdings möglich, dass der Kongress in diesem Punkt auf die Begrenzung besteht.

\*\*\*

Die Aufsichtsbehörde des Versicherungs-wesens (Superintendencia de Seguros de la Nación) hat durch Beschluss 26.437 vom 6.1.99 die Übertragung der Akti-ven und Passiven der Versiche-rungsgesellschaft General Paz auf die gleichnamige AG genehmigt, womit das Dekret 1.300/98 zum ersten Mal zur Anwendung kam. 1995 wurde per Gesetz die Umwandlung von Genossenschafts-

banken in AGs gestattet, um deren Kapitalisierung möglich zu machen. Jetzt wird der gleiche Gedanke bei der Versicherungsbranche angewendet. Schon 1978 hatte der damalige Schatzsekretär Juan Alemann ein Ge-setzesprojekt in diesem Sinn vorge-legt, das jedoch zurückgewiesen wurde.

\*\*\*

Die kanadische Opawica Exp-lo-rations hat 5 Bergbaugelände in Valle de Cura, Provinz San Juan, nahe den Veladero-Vor-kommen der Argentina Gold, er-worben. Ausserdem erhielt Opawica die Genehmigung für den Erwerb von 157.000 ha der Länderei Cura Este. Der Kaufpreis soll US\$ 190.000 plus 50.000 Stammaktien des Unterneh-mens innerhalb der nächsten 3 Jahre betragen.

\*\*\*

Mafissa (Manufactura de Fi-bras Sintéticas SA) errichtet eine Fabrik für Polyesterfasern und -garne nach dem letzten Stand der Technik. Das Vorhaben befindet sich auf dem Werksgelände des Unternehmens in Lisandro Ol-mos, Gemeindebezirk La Plata.

Die Hälfte der Produktion wird für den Export bestimmt. Das Petroche-mieunternehmen Mafissa fertigt seit seiner Gründung 1961 im Werk in Olmos Kunststoffgarne. Anfangs er-zeugte sie Nylongarne. 1968 ging sie mit der niederländischen AKU eine Partnerschaft ein und begann die Er-zeugung von Polyesterfasern. Das Unternehmen liefert gekörnte Poly-esterharze, gestapelte Fasern und end-lose Fäden für die Textilindustrie. Die neue Fabrikanlage, die US\$ 24 Mio. Investition beansprucht hat, stammt von der deutschen Zimmer AG. Al-lerdings wurden viele Teile lokal ge-fertigt, was sich in dem wesentlich ge-ringeren Investitionsbetrag widerspiegelt.

\*\*\*

C. Silvani, Leiter des Amtes für Öffentliche Einnahmen, hat das Ansuchen des neugewählten Gouverneurs von Córdoba zu-rückgewiesen, den Beschluss 185/98 rückgängig zu machen, der die Direkteinfuhr nach dem Landes-innern unterbindet. Der Be-schluss fordert die detaillierte Zollab-fertigung unter selektiver Kontrolle im Zollamt von Buenos Aires, mit Garantiestellung für jeden einzelnen eingeführten Container. Bisher wur-den die Container plombiert und über Land in das Zollamt der Provinz ver-schickt, wo sie abgefertigt wurden. Am meisten wird die Kfz-Industrie von der Massnahme betroffen, die viele Zu-lieferteile einführt. Verschiedene Kammern haben sich gegen die Mass-nahme ausgesprochen.

\*\*\*

Das Industrie- und Handels- sekretariat wird in den nächsten Monaten die Anzahl der Erzeu-gnisse verringern, die im Rahmen der bis zum 20.12.2000 gültigen Bestimmungen über vorüberge-hende Einfuhren zollfrei im Land verarbeitet werden können. Der letzte Mercosur-Präsidentengipfel in Rio bestimmte den Endtermin und Verringerungen, die bis zum 1.1.99 festgelegt sein müssen.

\*\*\*

Die Investitionen von US-Fir-men in Argentinien, die in die-

sem Jahrzehnt wesentlich zuge-nommen haben, belegen weiter den ersten Platz auf der Rangli-ste. Für 1998/2000 sind bereits weitere US\$ 19,05 Mrd. verpflich-tet, wie das Industriesekretariat bekanntgab. Der Jahresdurchschnitt der US-Investitionen in Neuerrich-tungen und Erweiterungen von Indu-striebetrieben werde 3,2mal grösser als im 8jahreszeitraum 1990/97 sein. US-Unternehmen bestreiten, dem Staats-sekretariat zufolge, 35,9% der gesam-ten Auslandsinvestitionen.

\*\*\*

YPF SA investiert \$ 180 Mio. in eine Methanolanlage im Raum Cutral C6 - Plaza Huinca, Pro-vinz Neuquén. Der Spatenstich soll zu Jahresmitte erfolgen. Die Strom- und Wasserversorgung für das Werk und das Investi-tionsprogramm sind bereits ver-traglich gesichert. Damit ist die 1997 erfolgte Ausschreibung der Pro-vinzregierung für die Errichtung ei-ner Düngemittelfabrik und eines pe-trochemischen Werkes in diesem Raum erfüllt. In 30 bis 36 Monaten soll die Anlage 400.000 Jato Matha-nol liefern.

\*\*\*

Die private Krankenkasse AMSA (Asistencia Médica Social Argentina), die mit rd. 250.000 Mitgliedern die grösste des Lan-des ist, wird von der US-Versiche-rungsgesellschaft Aetna für US\$ 100 Mio. übernommen. Amsa setzt im Jahr \$ 150 Mio., schwerpunktmä-sig mit den mittleren Einkommens-stufen, um. Ausserdem hat Amsa Ver-träge mit rd. 25 Gewerkschafts-Sozial-werken. Aetna besitzt in Argentinien bereits eine Lebensversicherungs-Gesellschaft.

\*\*\*

Das Amt für Öffentliche Ein-nahmen (AFIP) hat Pfändungen von 15.000 Bankkonten für US\$ 450 Mio. beantragt. Sie wurden im Vorjahr als Mittel gegen die Steuerhinterziehung eingeführt. Diese Pfändungen befinden sich al-lerdings aus Formgründen noch in der Schwebe. So ist nicht gelöst, was ver-hindert werden kann, dass ein Steuer-schuldner von \$ 10.000, der über 10 Bankkonten verfügt, nicht für \$ 100.000 gepfändet wird.

\*\*\*

Die Nationalregierung hat mittels Dekret 1/99 verfügt, dass die Verbesserung und Instand-haltung der Zufahrtstrassen nach Mendoza Stadt durch Mauten zu finanzieren sei. Es sind die Stras-sen Nr. 7, zwischen San Martín und der Einfahrt in die Bundesstrasse Nr. 40, die Bundesstrasse 40 Nord, von der Einfahrt in die Strasse Nr. 7 bis El Borbollón und 40 Süd zwischen den Einfahrten in die Nr. 7 und in die Pro-vinzstrasse Nr. 88. Die Internationa-le Ausschreibung ist für den 18.1.99 vorgesehen.

\*\*\*

Die Supermarktkette Carre-

### Argentinischer Aussenhandel

	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>1997</b>						
September	2.274	(1.943)	2.767	(1.981)	-493	(-38)
Oktober	2.365	(2.074)	2.836	(2.294)	-471	(-220)
November	2.022	(1.918)	2.799	(2.099)	-777	(-181)
<b>11. Mon.'97</b>	<b>24.402</b>	<b>(23.588)</b>	<b>27.843</b>	<b>(27.837)</b>	<b>-3.441</b>	<b>(-4.249)</b>
Dezember	2.008	(2.037)	2.607	(2.078)	-609	(-41)
<b>Total 1997</b>	<b>25.273</b>	<b>(23.811)</b>	<b>30.450</b>	<b>(23.762)</b>	<b>-4.080</b>	<b>(49)</b>
<b>1998</b>						
Januar	1.784	(1.859)	2.549	(2.333)	-765	(-438)
Februar	1.877	(1.884)	2.266	(2.027)	-389	(-134)
März	2.226	(1.993)	2.682	(2.133)	-446	(-140)
April	2.491	(2.418)	2.765	(2.529)	-274	(-111)
Mai	2.563	(2.534)	2.550	(2.544)	13	(-10)
Juni	2.572	(2.250)	2.823	(2.447)	-251	(-187)
Juli	2.333	(2.346)	3.021	(2.737)	-688	(-388)
August	2.218	(2.349)	2.780	(2.694)	-582	(-345)
September	2.121	(2.274)	2.641	(2.767)	-520	(-493)
Oktober	1.962	(2.365)	2.639	(2.836)	-677	(-471)
November	1.889	(2.022)	2.477	(2.799)	-588	(-777)
<b>11 Mon. '98</b>	<b>21.915</b>	<b>(22.091)</b>	<b>26.575</b>	<b>(24.076)</b>	<b>-4.660</b>	<b>(-1.985)</b>

Quelle: Indec, vorläufige Ausgaben in Mio. US\$ (-)=Vorjahr

### Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	23.11.98	30.11.98	4.12.98	14.12.98	17.12.98	24.12.98	4.1.99	11.1.99
Gold, Devisen u. Anlagen	23,99	23,08	24,77	24,54	25,14	25,70	25,10	25,99
Staatspapiere	1,74	1,78	1,76	1,77	1,65	1,61	1,63	1,63
Internat. Reserven ZB	25,73	34,87	26,53	26,31	26,79	27,32	26,73	27,62
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	6,54	6,20	6,16	6,66	6,55	5,95	6,86	6,61
Währungsreserven des Finanzsystems	32,27	31,07	32,69	32,97	33,34	33,26	33,59	34,24
Notenumlauf	14,34	14,49	15,23	15,41	15,15	16,23	16,41	16,24
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,01	0,01	0,01	0,03	0,03	0,05	0,02	0,03
Monetäre Passiven	14,35	14,50	15,24	15,17	15,18	16,28	16,43	16,27
Nettosaldo Swaps	9,51	8,65	9,57	9,40	9,82	9,23	8,46	9,51
Depositen der Regierung	0,62	1,19	1,83	1,55	1,43	1,99	0,98	0,88
Finanzpassiven	23,86	23,15	24,82	24,57	25,00	25,51	24,89	25,78

Quelle: Zentralbank

four will in Pilar, an der Kilometerstelle 48,5 der Panamericana-Autobahn, mit US\$ 80 Mio. Investition, einen Supermarkt und ein Shopping errichten.

\*\*\*

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) dementierte, dass es die Möglichkeit prüfe, die Dienstleistungen der akademischen Berufe allgemein mit der MWSt. zu belegen. Damit wird eine Meldung widerlegt, derzufolge sich Ärzte, Anwälte, Psychologen und Buchprüfer, die mehr als \$ 36.000 im Jahr einnehmen, als MWSt.-Pflichtige eintragen müssen.

\*\*\*

Wirtschaftsminister Fernández und die Staatssekretärin für kleine und mittlere Unternehmen (Pymes), Ana Kessler, haben in Washington mit Aida Alvarez, Verwalterin der SBS (Small Business Administration) eine Reihe von Vereinbarungen getroffen, um die Pymes in beiden Staaten zu fördern. U.a. soll ein Risikokapital-Fonds geschaffen werden, der Vorhaben von Pymes in USA

und Argentinien finanzieren kann.

\*\*\*

Die niederländische Miltanic Trans hat ihren Vertrag mit der Werft Astilleros Río Santiago für den Bau von 2 Getreideschiffen gekündigt, von denen das erste am 11.12.98 vom Stapel lief. Als Grund werden Qualitätsmängel bei den Schweiss- und Stahlarbeiten angegeben. Carlos Brown, Minister für Produktion und Arbeitsbeschaffung der Provinz Buenos Aires, erklärte, das Unternehmen wolle Druck ausüben um den Endpreis des Schiffes, das in 3 Monaten fertiggestellt sein wird, neu auszuhandeln.

\*\*\*

In Washington erklärte Wirtschaftsminister Fernández, dass das mit dem IWF vereinbarte BIP-Wachstumsziel 1999 von 3% erreicht wird und dass sich Argentinien für 6 Monate von den internationalen Finanzmärkten zurückzieht, da seine Finanzierungsbedürfnisse voll gedeckt seien. Der Verkauf der in Staatshänden befindlichen Aktien von YPF SA und der staatlichen Hypothekenbank

würden Termingerecht abgewickelt werden. Es seien langfristige Investitionen, die bei den Investoren gut ankommen.

\*\*\*

Die Molkereigenossenschaft Sancor verhandelt mit der dänischen MD Foods über ein Joint venture für die Gewinnung von Molke und Nahrungsmittel-Proteinen. Soncor müsste zur AG werden, die mit 50% an dem Gemeinschaftsunternehmen beteiligt ist. Das Werk soll anschliessend bei der Käsefabrik von Sancor in Brinkman, Córdoba, errichtet werden.

\*\*\*

Die spanische Spielzeugfabrik Famosa will in 30 Tagen entscheiden, ob ihre Investition von US\$ 5 bis 7 Mio. auf dem bereits erworbenen Grundstück von 1 ha im Industriepark von Pilar, oder in Brasilien umgesetzt wird. Der argentinische Spielzeugmarkt setzt US\$ 200 Mo. im Jahr um.

\*\*\*

Das Stahlunternehmen Acindar hat von der Weltbanktochter IFC (Internationale Fi-

nanzkörperschaft) ein Darlehen von US\$ 50 Mio. erhalten, das der Produktionserweiterung auf 1,85 Mio. Jato dienen wird. Acindar teilte an der Börse auch mit, dass die Laufzeit 9 Jahre mit 2 Jahren Karenz betrage.

\*\*\*

Der US-Investmentfonds „Southern Cross Latin America Equity Fund“ hat ein Angebot für das Kontrollpaket der Firma Alpargatas gemacht, das jetzt von den Gläubigern geprüft wird, die sich zwischen dem 20. und dem 22. Januar in New York treffen werden, um zu entscheiden. Im allgemeinen wurde das Angebot von den Hauptgläubigern angenommen. Das Kontrollpaket befindet sich gegenwärtig in Händen der Holding San Remigio, die sich aus den Familien Gotelli, Clutterbuck und Zavalía Lagos zusammensetzt. Der andere Grossaktionär ist der US-Fonds Newbridge. Alpargatas, das auf dem Textilsektor und bei Sportschuhen führend ist, hat einen Jahresumsatz von etwa US\$ 450 Mio., von denen rd. US\$ 120 Mio. auf Ausfuhren entfallen. In 12 Betrieben beschäftigt das Unternehmen 7.500 Personen.

\*\*\*